

#IMTAKT

Was wir gegen Altersarmut tun müssen

Das Thema Altersarmut ist in der Politik angekommen: Mitte Februar debattierte der Bundestag über mögliche Gegenmaßnahmen. Der DGB hat den richtigen Weg bereits aufgezeigt.



Wer wirksam gegen Altersarmut vorgehen will, muss mehrere Maßnahmen möglichst schnell umsetzen: Zum Beispiel müssen zu geringe Rentenansprüche von Menschen aufgewertet werden, die lange Jahre gearbeitet haben und trotzdem zu wenig Rente bekommen. Und die Erwerbsminderungsrenten müssen besser werden – Abschläge müssen abgeschafft werden.

5,7 Millionen ältere Menschen in Deutschland sind von Armut oder Ausgrenzung bedroht, so aktuelle Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat.

„Der DGB fordert die Politik daher auf, jetzt einen Kurswechsel in der Rentenpolitik einzuleiten“

Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied

Weitere Maßnahmen sind notwendig,

- etwa zur Aufwertung geringer Rentenansprüche bei langjährig Beschäftigten,
- eine angemessene Bewertung längerer Zeiten der Arbeitslosigkeit sowie
- die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten.

Daneben, so Buntenbach, „müssen endlich der Niedriglohnsektor, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie Langzeitarbeitslosigkeit eingedämmt werden, damit Erwerbsarmut nicht direkt und unveränderlich in Altersarmut führt.“

Die aktuelle Stunde im Bundestag zeigte auf, dass die Parteien unterschiedliche Ansätze zur Bekämpfung drohender Altersarmut haben. Sabine Zimmermann von der Linken-Fraktion forderte die Bundesregierung auf, Grundlagen für eine armutsfeste Rente zu schaffen und den Mindestlohn auf zwölf Euro je Stunde anzuheben. Anders Karl Schiewerling, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Unionsfraktion: man dürfe nicht so tun, als sei ganz Deutschland nun von einem Flächenbrand bedroht. Altersarmut müsse schon weit vorher bekämpft werden, durch gute Tarifverträge, eine gute Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt.

„Um Armut und Ausgrenzung zu vermeiden, muss das Rentenniveau dringend stabilisiert und erhöht werden.“

Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied

Der Rentenexperte der Grünen-Fraktion, Markus Kurth, plädierte für die von seiner Partei favorisierte Garantie-Rente. Die SPD bevorzugt das Konzept Solidarrente, so Rentenexpertin Daniela Kolbe.

Es könne nicht sein, „dass man nach einem Leben voller Arbeit genauso in der Grundsicherung landet wie jemand, der nie Rentenbeiträge gezahlt hat.“